

„Der Beginn einer neuen Ära?“

Rheinland-Pfalz unter den sozialliberalen Regierungen Rudolf Scharping und Kurt Beck“

Vortrag im Rahmen der Vortragsreihe „60 Jahre Rheinland-Pfalz. Rückblenden“ am 17.4.2007 im Landtag Rheinland-Pfalz

Anrede...

Zäsuren in der historisch betrachtet ja eigentlich noch recht kurzen, 60jährigen rheinland-pfälzischen Landesgeschichte zu definieren, sei, wenn man es genauer betrachte, gar nicht so einfach. Das vermerkte Kollege Kißener am Anfang seines Vortrages im Dezember vergangenen Jahres mit Blick auf die Regierungen Kohl, Vogel und Wagner. – Dem kann ich nur zustimmen. Die historiographische Rückschau erscheint mir umso gewagter, je mehr wir uns der Gegenwart nähern. Es fehlt der gebotene zeitliche Abstand, der für eine seriöse Auswertung von Quellen und Sekundäranalysen notwendig ist. Ganz abgesehen davon, dass es zu dem Thema, mit dem wir uns heute befassen, nur vereinzelte Fachbeiträge, aber keine relevanten größeren Untersuchungen gibt. Ich komme deshalb nicht umhin, eingangs ein gewisses Unwohlsein zu artikulieren. Aufgetragen wurde mir eine Art Operation am lebenden Objekt. Dabei stelle ich mir vor, wie sich ein Arzt fühlen muss, der einen ‚Patienten‘ operiert. Der heutige ‚Patient‘ (mit Anführungsstrichen) ist nicht einmal örtlich betäubt. Wie es scheint, ist er putzmunter. Und er verfolgt jeden Handgriff mit, um dann anschließend auch noch die ganze Operation kritisch zu kommentieren. Es ist mir zwar eine große Ehre, hier gerade auch in Anwesenheit des Ministerpräsidenten unseres Landes sprechen zu dürfen. Aber – offen gestanden – so ganz behaglich, meine sehr verehrten Damen und Herrn, ist mir dabei nicht.

Die Frage wurde mir gestellt, ob die sozialliberalen Regierungen unter Rudolf Scharping und Kurt Beck den Beginn einer neuen Ära anzeigen. Nun steht der aus dem Lateinischen abgeleitete Begriff Ära eigentlich für „Zeitrechnung“ oder „neues Zeitalter“. Das scheint mir dann doch zu dick aufgetragen, zumal Machtwechsel in der Demokratie zur Normalität des politischen Prozesses gehören. Aber halten wir uns nicht mit theoretischen Begriffsanalysen auf. Ich will mich der mir gestellten Frage unter drei Gesichtspunkten, die für eine politische „Ära“ (in Anführungsstrichen) entscheidend sind, nähern: (1) Unter dem Gesichtspunkt des Machtwechsels, (2) des Politikwechsels und (3) des Personalwechsels.

(1) Der Machtwechsel

Machtwechsel begründen nicht gleich eine neue politische Ära, geben aber neuen politischen Mehrheiten die Chance, alternative Politikentwürfe zu realisieren. Wie kam es zum Machtverlust der Union bei der Landtagswahl im Jahre 1991, nach 44-jähriger CDU-Dominanz im Lande? Hier ist ein Bündel von Faktoren zu nennen,

die den politischen Erosionsprozess der Union und den Aufstieg der Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz erklären können. Ich will auf drei zentrale Elemente verweisen: auf strukturelle, d.h. gesellschaftliche und übergreifend politische Wandlungsprozesse; auf eigene Fehler und auf Leistungen des politischen Gegners.

- Das Ende politischer Hegemonie -

Die „ewige Regierungspartei“, so charakterisierte Peter Haungs einmal die rheinland-pfälzische CDU, verlor bereits in den 80er Jahren gerade *in dem* Bevölkerungsteil an politischem Rückhalt, der ihr über Jahrzehnte eine Hauptstütze war. Ich meine das katholisch-ländliche Milieu. Auch Rheinland-Pfalz durchwehte der frische Wind eines gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses. Individualisierung, Säkularisierung und Wertewandel fanden ihren Ausdruck in veränderten Einstellungen, Lebensstilen und Wählerpräferenzen. Kirchenbindungen lockerten sich. Eine gewisse konfessionelle Polarisierung ist zwar bis in die Gegenwart hinein noch messbar. Das ändert aber nichts daran, dass die Konfessionszugehörigkeit für die politisch-weltanschauliche Grundorientierung an Bedeutung verloren hat. Die Union, verwöhnt durch langjährige Regierungsverantwortung, wusste diesen gesellschaftlichen Wandlungsprozess personell und programmatisch nicht zu nutzen. Deshalb machte die abnehmende Bindungs- und Mobilisierungskraft des Konfessionsgegensatzes der strukturellen Hegemonie der rheinland-pfälzischen CDU ein Ende. Zugleich war dies die Chance für den Aufstieg der Sozialdemokratie. Die politische Stimmung hatte sich zugunsten eines Wechsels im Lande verändert. Mit entscheidend dafür war auch die veränderte politische Großwetterlage. Die Anfangseuphorie über den Fall von Mauer und Stacheldraht und die Freude über die deutsche Einheit waren bald verflogen. Man bekam allmählich eine Ahnung von den finanziellen Lasten der deutschen Einheit. Wenige Monate vor der Landtagswahl im April 1991 hatte die Bundesregierung entgegen ihren Ankündigungen im Bundestagswahlkampf unpopuläre Steuerbeschlüsse gefasst. Die Landtagswahl bot sich als politischer Stimmungstest über die „Steuerlüge“ geradezu an.

Zu den langfristigen sozialstrukturellen Entwicklungen und bundespolitischen Rahmenbedingungen kam noch die Selbstdemontage der Union. Nach einem innerparteilichen Machtkampf war Bernhard Vogel als Ministerpräsident auf dem Koblenzer Parteitag 1988 zurückgetreten. Die Partei hatte das nicht verwunden. Und sie hat sich bis heute nicht richtig von diesem politischen Stilbruch erholt. Bei aller innerparteilichen Unzufriedenheit, die es nun mal bei langer Regierungsverantwortung gibt, das Gespür dafür, was man in einem Lande mit einer doch insgesamt sehr moderaten politischen Kultur tun darf und was nicht, war abhanden gekommen. In den Landtagswahlkampf 1991 musste die Union mit einem Tandem ziehen. Diese Doppelspitze, bestehend aus dem Ministerpräsidenten Carl Ludwig Wagner und dem Parteivorsitzenden Hans-Otto Wilhelm, konnte vielleicht die bewegten Gemüter der Union übergangsweise im Zaume halten.

Die zerstrittene und deshalb auch nicht zur notwendigen Mobilisierung fähige Partei hatte aber einen schweren Stand gegenüber einer SPD, die sich im Aufwind sah. Die Sozialdemokraten zogen geschlossen und mit einem „Regierungsteam“ in den Landtagswahlkampf. Dem Spitzenkandidaten Rudolf Scharping war es gelungen, die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie zu öffnen und zwei Spitzenmanager aus dem Banken- und Wirtschaftsbereich sowie einen Universitätspräsidenten für seine Regierungsmannschaft zu gewinnen. Programmatisch und vor allem politisch-

ideologisch lagen die beiden großen Parteien allerdings gar nicht *so weit* auseinander. Aber im politischen Abendrot einer langen Unionsherrschaft vermittelte die Mannschaft hinter dem jungen Spitzenkandidaten der SPD personelle Kompetenz, Geschlossenheit und Solidität. Vor allem verband sich mit dieser Mannschaft eine Aufbruchstimmung. Zwar war das Interesse der Bevölkerung am Landtagswahlkampf 1991 nicht übermäßig groß. Dennoch: Die SPD wurde mit knapp 45 Prozent der Zweitstimmen zum ersten Mal stärkste politische Kraft im Lande.

- Die neue politische Mehrheit -

Zur Mehrheitsbildung brauchte der Wahlsieger einen Koalitionspartner. Zwei standen zur Auswahl, zumindest theoretisch. Rudolf Scharping führte mit beiden Koalitionsverhandlungen. Im Nachhinein hat man das als klugen Schachzug interpretiert. Aber eigentlich kamen die Grünen nicht in Frage. Das waren Vertreter einer doch eher fremden politischen Kultur, zu wenig bodenständig, zu sprunghaft, wenig berechenbar, vor allem aber in Stil und Umgangsformen der rheinland-pfälzischen Sozialdemokratie einfach fremd. „Grün sind wir selbst“, soll Scharping einmal gesagt haben. Den Grünen wurde schließlich nach vielen Verhandlungsstunden eine lange Dissensliste vorgehalten. Die Sozialdemokraten konnten sich im Grunde nur die regierungserfahrenen Liberalen als verlässliche Koalitionspartner vorstellen. Dieses politische Bündnis zwischen SPD und FDP hielt bis zum Erreichen der absoluten Mehrheit der SPD bei der letzten Landtagswahl im März 2006. Ein Bündnis, das nach innen disziplinierende Wirkung entfalten und die Flügel zusammenzuhalten half.

Wenn man verstehen will, warum die Sozialdemokratie inzwischen rund 16 Jahre in Rheinland-Pfalz in der Regierungsverantwortung steht, dann lohnt es, gerade die Jahre vor und nach 1991 etwas näher in den Blick zunehmen. Hier liegt m.E. einer der strategischen Schlüssel, über den sich erschließt, warum aus der strukturellen Hegemonie der Union in Rheinland-Pfalz ein strategischer Vorteil zugunsten der Sozialdemokratie geworden ist; ein Vorteil, der schließlich in der Landtagswahl 2006 unter Kurt Beck im Gewinn der absoluten Mehrheit gipfelte.

Es erscheint wie eine Ironie der Geschichte, dass die CDU in der Opposition heute mit eben den gleichen innerparteilichen Problemen zu kämpfen hat, welche die SPD in den Jahren vor ihrem ersten Wahlsieg 1991 überwinden konnte. Das betrifft die Führungsfrage, die Parteiorganisation und die strategische Ausrichtung der Partei. Nach zahlreichen Führungswechseln im Landesvorsitz, in der Führung der Landtagsfraktion und in der Spitzenkandidatur bei den Landtagswahlen – die Namen reichen von Wilhelm Dröscher über Hans Schweitzer, Karl Thorwirth, Klaus von Dohnanyi, Werner Klein und Hugo Brandt – hatte sich der gerade mal 38 Jahre junge Rudolf Scharping 1985 an die Spitze der rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten hoch gearbeitet. Ein neuer Politikertyp aus der ‚Schule‘ des legendären Parteivaters Wilhelm Dröscher. Schon während und dann nach dem Studium lebte Rudolf Scharping politisch aktiv ganz für die Politik, in der Politik und auch von der Politik. Er war der personelle Gegenentwurf zu Ministerpräsidentenpersönlichkeiten vom Schlage eines Altmeier, Kohl oder Vogel. Doch was ihm an politischem Charisma abging, wusste er durch seinen unprätentiösen sportlich-jugendlichen Stil, durch politischen Scharfsinn, Bürgernähe sowie durch immensen Fleiß, Zähigkeit und Pflichtbewusstsein auszugleichen.

Unter seiner Führung gelang es, den blockierenden „Organisationsegoismus der (SPD-)Bezirksfürsten“ zu brechen und die Partei auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner einzuschwören. Der Landesverband entwickelte sich zum politischen Machtzentrum über den Bezirken. Auch richtungspolitisch konnte Scharping den Traditionsflügel der Partei mit der gemäßigten Linken auf eine gemeinsame Linie einschwören. Unterstützt durch den mit der FDP eingeschlagenen sozialliberalen Koalitionskurs gelang es ihm, seine Partei mit der Mitte der Gesellschaft zu versöhnen und sie auf einen „Kurs gemäßigter bürgerlicher Modernisierung“ zu verpflichten. Dem freidemokratischen Koalitionspartner unter Führung des wendigen Rainer Brüderle wurde neben dem Justizressort das Wirtschaftsministerium belassen. Auch dies trug dazu bei, dass mögliche Reserven aus der Wirtschaft gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung schnell ab- und Vertrauen aufgebaut werden konnten.

– Nehmen Sie meine Anmerkungen zur seinerzeitigen Entwicklung der Landes-SPD parteipolitisch quasi spiegelverkehrt, so ist schon eine Menge ausgesagt über die Ursachen der politischen Niederlagen der Union auf Landesebene, bis in die Gegenwart.

- Rudolf Scharping: Ministerpräsident im Übergang -

Rudolf Scharpings Regierungszeit als Ministerpräsident war zu kurz, um eine sachpolitische Bilanz zu ziehen. Vieles wurde mit dem Regierungswechsel angestoßen, was dann aber unter den Regierungen des Ministerpräsidenten Beck erst voll zur Wirkung kam und weiterentwickelt werden konnte. Rudolf Scharpings Verdienst bleibt es, trotz des eher tragikomischen Endes seiner bundespolitischen Karriere, den Wechsel möglich gemacht und die Sozialdemokratie überhaupt in die Regierungsverantwortung gebracht zu haben. Der erste sozialdemokratische Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz war knapp dreieinhalb Jahre im Amt.

Warum aber kam es überhaupt zum Wechsel von Scharping zu Beck? Bekanntlich sind Landesregierungen gute ‚Trainingslager‘ für bundespolitische Führungssämter. Rheinland-Pfalz scheint dabei ein besonders fruchtbarer Acker für die Rekrutierung von Spitzenpersonal zu sein. Helmut Kohl hat hier erfolgreich ‚trainiert‘. Man könnte noch Roman Herzog, Klaus von Dohnanyi, Richard von Weizsäcker und viele andere mit dem Land verbundene Namen nennen. Und ob Rheinland-Pfalz für Kurt Beck ein bundespolitisches Trainingslager ist, wird er uns selbst sagen. Jedenfalls galt damals und gilt heute, was man in der Fußballersprache so ausdrücken könnte: Ministerpräsidenten sind die Spielführer in ihrer Landesliga. Aber sie spielen über den Bundesrat und über die Zugehörigkeit zu den Führungsgremien ihrer Partei auch in der politischen Bundesliga. Die Mannschaftsaufstellung auf der Bundesebene ist nicht so klar wie im Land. Man konkurriert als „Roter“ nicht nur mit den „Schwarzen“. Nicht selten spielen auch die „Roten“ und „Schwarzen“ jeweils gegeneinander. Das gilt heute genauso wie in den 90er Jahren.

Wir sind im Jahre 1993. Was war passiert? Ziemlich unverhofft kommt die Bundes-SPD in eine Führungskrise. In der Spätfolge der Barschel-Affäre legt Björn Engholm im Mai 1993 alle politischen Ämter nieder. Das Amt des SPD-Vorsitzenden ist neu zu besetzen. Rudolf Scharping gehört zum Kreis der Kandidaten. Er hatte schon bei wesentlichen Entscheidungen in Bonn sein bundespolitisches Gewicht in die Wagschale gelegt; so bei der Aushandlung des Solidarpakts zur Finanzierung der deutschen Einheit, bei der Einführung der Pflegeversicherung und bei der Neu-

regelung des Asylrechts. Scharping gewinnt schließlich eine konsultative Mitgliederbefragung vor Gerhard Schröder und Heidemarie Wieczorek-Zeul und wird auf dem Essener Parteitag im Juni 1993 zum Bundesvorsitzenden der SPD gewählt. Das Bundestagswahljahr 1994 steht vor der Tür und schnell zeichnet sich ab, dass dem Land – unabhängig vom Ausgang der Wahl – ein Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten bevorsteht. Nach der verlorenen Bundestagswahl im Oktober 1994 bleibt Scharping als Oppositionsführer in Bonn.

Am 26. Oktober 1994 übernimmt der parlamentarisch erfahrene Fraktionsvorsitzende Kurt Beck das Amt des Ministerpräsidenten. Kontinuität ist angesagt. Das Kabinett bleibt – bis auf zwei Umbesetzungen – unverändert. Erst mit der neuen Legislatur ab Mai 1996 gibt es ein größeres Revirement mit der Zusammenlegung von Bildungs- und Wissenschaftsministerium, mit der Integration des Frauenministeriums in ein Ministerium für Kultur, Jugend und Familie. Und schließlich wird das Landwirtschafts- mit dem Wirtschaftsministerium verbunden. Alles nicht ganz leichte Operationen, was ihre Durchsetzung in der eigenen Partei und beim Koalitionspartner anbelangt. Letztlich ging es dabei nicht nur um eine Verschlan-
kung des Kabinetts, sondern auch um eine strukturpolitische Entscheidung. Die Frauenpolitik sollte in einem gestaltenden, mit Handlungskompetenzen ausgestateten Ministerium eine neue Perspektive erhalten. Dem traditionsverhafteten Weinbau wollte man in der Verbindung mit der Wirtschaftspolitik eine Modernisierungskur verpassen.

(2) Politikwechsel: Sozialliberale Landespolitik

Vieles in der Politik kann man planen. Man kann Ziele formulieren, Szenarien erfinden und politische Programme aufstellen. Immer ist demokratische Politik aber Handeln unter Ungewissheit, mit begrenzten finanziellen Spielräumen und letztlich auf die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Vieles wird schnell zur Routine. Und insofern verbürgt der demokratische Rechtsstaat auch bei einem Machtwechsel Kontinuität. Systembrüche sind in der parlamentarischen Demokratie nicht gewollt; ganz abgesehen davon, dass dazu die finanziellen Spielräume gerade auf landespolitischer Ebene fehlen. Dennoch: Politik heißt immer auch Entscheiden über Noch-nicht-Entschiedenenes, heißt Auswahl zwischen Möglichkeiten, heißt Prioritätensetzung. Dabei gibt der institutionelle Rahmen, landespolitisch, national und international einen gewissen „Handlungskorridor“ (Scharpf) vor.

Die sozialdemokratisch geführten Landesregierungen sahen sich in der Tradition einer auf Solidarität und Gerechtigkeit, auf Mitbestimmung und Modernität ausgerichteten Reformpolitik. Sie setzten in der Umwelt-, Frauen- und Familienpolitik neue Akzente und verstanden das Ökologische und das Kulturelle, das Soziale und das Liberale als gleichberechtigte Grundlagen ihrer Politik (Regierungserklärung 1991). „Politik nah bei den Menschen“ war dabei ein Leitmotiv. Und es ist, wenn ich es richtig sehe, auch heute noch ein Leitmotiv des Regierungshandelns.

Was waren nun die neuen Akzente und Arbeitsschwerpunkte der sozialliberalen Koalitionen in Rheinland-Pfalz? Wie schon gesagt, es waren keine revolutionären politischen Umschwünge? So etwas würde von den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz auch nicht goutiert. In der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Rechtspolitik setzte man mit den beiden FDP-Ministern aus der vorherigen Landesregierung ganz auf Kontinuität. Dennoch: Landespolitisch war durchaus ein Modernisierungsschub unverkennbar. Ich will und kann hier keine ressortspezifische

Bilanz vorlegen, sondern zusammenfassend nur auf einige Schwerpunkte der politischen Arbeit der sozialliberalen Landesregierungen verweisen.

- Die Gesellschaftspolitik -

Gesellschaftspolitisch wurden vor allem in der Frauen-, Familien- und Sozialpolitik neue Akzente gesetzt. Ministerpräsident Scharping hatte mit der Einrichtung eines eigenen Frauenministeriums Flagge in Sachen Frauenförderung gezeigt. „Gleichstellung“ hieß das neue Zauberwort, eine umfassende politische Querschnittsaufgabe, die unter Kurt Beck in einem Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen fortgesetzt wurde. Das betraf Maßnahmen für verschiedene Lebensbereiche, für Ausbildung und Studium, für Arbeitsmarkt und Beruf, für Familie und Karriere. Was uns heute als eher selbstverständlich erscheint, war in einem traditionell eher konservativ gestimmten Land wie Rheinland-Pfalz nicht ohne Kritik und Konflikte durchzusetzen. Heute wissen wir, wie langfristig solche gesellschaftspolitischen Entscheidungen wirken. – Sie haben sicherlich vor gut einer Woche die Meldungen über eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung wahrgenommen. Danach soll das Altersruhegeld von Neu-Rentnern in den Städten und Landkreisen im bundesweiten Vergleich nur im Saarland kleiner sein als in Rheinland-Pfalz. (Rheinpfalz, 7.4.2007) Die Ursachen sind einfach zu erklären. Lange Zeit wurde auch hierzulande eine Familien- und Frauenpolitik vertreten, die nun nach Jahrzehnten offenbar dazu führt, dass die Rentenansprüche gerade der Frauen aufgrund einer nicht vorhandenen oder nur sehr kurzen Erwerbsbiographie sehr bescheiden sind.

Zu diesen politisch vermeintlich weichen, gesellschaftspolitisch gleichwohl langfristig wirkenden Reformen kamen bildungs- und kulturpolitische Akzente.

- Bildungs- und Kulturpolitik -

Mit dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, damals ein republikweites Novum, wurde an die sozialpolitisch progressive Tradition des Landes angeknüpft. Rheinland-Pfalz konnte in der zweiten Hälfte der 90er Jahre unter den westdeutschen Ländern den höchsten Versorgungsgrad an Kindergartenplätzen vorweisen. Mit dem Label „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ verbanden sich eine Reihe von Initiativen, wie etwa den Kinder- und Jugendkonferenzen, mit denen der Ministerpräsident auch symbolisch die Teilhaberechte von Kindern und Jugendlichen zum Ausdruck brachte und bringt. Bildungspolitisch wurden u.a. durch die Bereitstellung neuer Lehrerstellen, durch verbesserte Durchlässigkeit und Zugangsmöglichkeiten im Bildungswesen sowie erstmals durch ein Bildungsfreistellungsgesetz neue Akzente gesetzt. Die sozialliberale Landesregierung trieb die Einrichtung und Förderung von Ganztagschulen wie dann auch später die Ganztagsbetreuung an den Kindertagesstätten im Lande voran. In beidem übernahm das Land eine gewisse Vorreiterrolle. Inzwischen und vor allem nach PISA gehören Ganztagschulen und Kindertagesstätten zum bildungsprogrammatischen Themenhaushalt aller demokratischen Parteien. Die liberale Handschrift ist wohl in der Einrichtung von Hochbegabenschulen zu erkennen. Bildungspolitisch weithin konsensual ist inzwischen auch, dass die Schulen die Möglichkeit zu mehr Selbstständigkeit für die Schulentwicklung bekommen. Eingeleitet wurde hier wie in anderen Ländern die Reform der Lehrerbildung. Dies, wie überhaupt der sog. Bologna-Prozess erweist sich – ich erlaube mir als Betroffener diese kleine Spitze – für die

ohnedies an der Belastungsgrenze arbeitenden Universitäten und Fachhochschulen als ein zeitraubendes ‚Beschäftigungsprogramm‘.

Ähnlich wie in anderen Bundesländern bündelte die Landesregierung die vielfältigen Kulturinitiativen in einem bis in die Gegenwart weitergeführten landesweiten Programm, dem rheinland-pfälzischen „Kultursommer“. Diese Art einer eher „weichen Form von Modernisierung“ entsprach den Intentionen der sozialdemokratisch geführten Landesregierungen: man wollte und will mit solchen an die Alltagserfahrungen von Menschen anknüpfen. Besonders sensibel sind dabei Fragen der Schulstruktur, bei der auch schon frühere Landesregierungen in Rheinland-Pfalz einen eher behutsamen Kurs verfolgten. Das galt unter CDU-Herrschaft beispielsweise für die Art der Oberstufenreform und gilt unter der SPD-Führung etwa für die Gesamtschuldiskussion oder für die Konzeptualisierung von Regionalen Schulen oder Duale Oberschulen.

Reformen mit Fingerspitzengefühl, eine Politik im Rahmen des Möglichen, Verzicht auf abstrakte, ideologisch unterlegte Strukturdebatten, man könnte auch sagen, eine Reformpolitik ohne Pathos und in homöopathischen Dosierungen, das scheint ein rheinland-pfälzisches Stilelement zu sein, das die sozialliberalen Landesregierungen praktiziert haben und für das sie auch hohe Zustimmung erhalten haben. Dabei gilt es allerdings zu bedenken: Behutsamkeit und politische Homöopathie sind nicht immer eine Gewähr für die langfristige Tragfähigkeit politischer Entscheidungen. Dazu zwei Beispiele. Beispiel 1: Ob das Land etwa das achteinhalbjährige Gymnasium durchhalten kann, erscheint mir mit Blick auf die anderen Bundesländer fraglich. Beispiel 2: Die Landesregierung hat sich politisch auf ein gebührenfreies Erststudium festgelegt. Nun steht Rheinland-Pfalz in der Finanzierung seiner Hochschulen im bundesweiten Vergleich nicht unbedingt glänzend da. Ob ein aus sozialpolitisch edlen Motiven heraus verständlicher Verzicht auf Studiengebühren durchzuhalten ist, wenn sich die Studienbedingungen anderswo gerade durch Studiengebühren sichtbar verbessern, erscheint mir ebenfalls fraglich. Von den bürokratisch sehr aufwändig zu realisierenden Studienzeitkonten einmal ganz abgesehen. Das mag intelligent ausgedacht sein, bürgt aber noch nicht für ein langes Haltbarkeitsdatum. – Als zukunftsweisend erwies und erweist sich dagegen der Rundfunkstaatsvertrag zwischen Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über die Zusammenlegung von SWF und SDR zum SWR.

Ich will einen weiteren Schwerpunkt nennen:

- Wirtschafts- und Strukturpolitik: Konversion -

Rheinland-Pfalz stand und steht wirtschafts- und strukturpolitisch vor großen Herausforderungen. Eine besonders große Aufgabe, wahrscheinlich die größte in den letzten fünfzehn Jahren, war die vom Lande bis heute zu leistende Friedensdividende. Ich meine die mit der Konversion, also mit der Umwandlung von militärischen Objekten in zivile Nutzung verbundenen wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme. Jahrzehntlang war Rheinland-Pfalz der Flugzeugträger der NATO, hatte die Lasten einer massiven militärischen Präsenz alliierter Truppen zu tragen. Es profitierte aber auch gerade in den strukturschwachen Gebieten der Westpfalz, des Hunsrücks und des Westerwalds von den wirtschaftlichen Vorteilen der hohen Militärpräsenz. Um sich die Größenordnung der Herausforderungen vor Augen zu führen: Über 40.000 Menschen waren Anfang der 90er Jahre unmittelbar aufgrund der Präsenz militärischer Einrichtungen beschäftigt. 123.000 amerikanische Soldaten

und Familienangehörige lebten im Lande. Heute ist es weniger als die Hälfte. Hinzu kamen französische und kanadische Truppen mit ihren Angehörigen, die ihre Standorte fast vollständig aufgaben. Rund 10 Prozent der Bruttowertschöpfung resultierten in der ersten Hälfte der 90er Jahre in vielen kreisfreien Städten und Landkreisen aus militärischen Ausgaben. Im Landkreis Kaiserslautern waren es sogar 40 Prozent. Rheinland-Pfalz war das von der Konversion am stärksten betroffene Bundesland. Nicht nur die alliierten Streitkräfte bauten massiv Truppen und ziviles Personal ab, mit allen Folgen für Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft. Auch die Bundeswehr reduzierte ihr Personal und schloss Standorte. Das Land mit der größten Truppenkonzentration in Deutschland hatte einen geradezu gigantischen Wertschöpfungsverlust auszugleichen. Allein in den Jahren 1991 bis 1998 wurden fast 500 militärische Liegenschaften freigegeben oder deren Freigabe angekündigt.

Großvolumige Konversionsprogramme wurden aufgelegt. Zwischen 1991 und 2005 wurden dafür rund 1,3 Mrd. Euro aufgewendet. Ergänzt wurden die Konversionsprogramme durch kommunale Entwicklungs- und Städtebauförderungsprogramme. Ein sog. Konversionskabinett sollte den hohen Stellenwert unterstreichen, den die Landesregierung den mit der Konversion verbundenen wirtschaft-, sozial- und strukturpolitischen Herausforderungen beimaß. Dass einmal aus Kasernen Fachhochschul- und Universitätscampi oder aus Soldatenwohnungen Studentenwohnungen werden könnten, dass militärische Liegenschaften in Industrie- und Gewerbeparks umgewandelt und neue Wohnquartiere entstehen würden; dass schließlich aus einem Militärflughafen wie dem Hahn ein florierender Zivil- und Frachtflughafen werden könnte, das hätte man sich in den Zeiten des Kalten Krieges nicht vorstellen können.

Strukturpolitisch begleitet wurden diese Programme durch Maßnahmen zur Verbesserung des Regionalverkehrs. Mit dem Rheinland-Pfalz-Takt wurde Rheinland-Pfalz zum verkehrspolitischen Vorreiter in der Republik. Finanzpolitisch vorausschauend verschaffte sich das Land Luft durch den Verkauf von Landesbeteiligungen (Landesbank, Anteile an der Provinzial und an der Bayerischen Versicherung), aus deren Erlös ein Kultur- und ein Investitionsfond eingerichtet wurden. Das erleichterte Infrastrukturentwicklung, Wirtschaftsförderung oder auch die Einrichtung eines Pensionsfonds. Dies alles waren Maßnahmen, in denen gewiss auch die liberale Handschrift in den sozialliberalen Koalitionen erkennbar wird.

- Die Verwaltungsreform -

Auch in der Verwaltungsmodernisierung raufte sich die Koalition zusammen. Kaum strittig war das Ziel einer effizienten und bürgerfreundlichen Dienstleistungsverwaltung. Das betraf Reformen in verschiedenen Verwaltungsbereichen (Vermessungs- und Katasterwesen, Sozialverwaltung, Forst- und Kulturämter etc.) ebenso, wie die Gründung verschiedener Landesbetriebe (Liegenschaft- und Baubetreuung, Straßen und Verkehr, Daten und Information). Schwieriger war dagegen der Koalitionskompromiss im Zusammenhang mit der Auflösung der Mittelinstanzen zum Jahresbeginn 2000. Man wollte die territoriale Struktur durch eine funktionale Aufgabenerledigung ersetzen. Hier waren die Liberalen treibende Kraft. Insgesamt scheint diese Reform inzwischen akzeptiert, sieht man einmal von dem begrenzten terminologischen Charme der umbenannten Behörden (ADD, SGD) ab.

(3) Personalwechsel: Kurt Beck – Regierungschef und Landesvater

Nach den Punkten *Machtwechsel* und *Politikwechsel* komme ich zum letzten Abschnitt, zum *Personalwechsel*. Zugegeben, das ist die heikelste Passage meiner Überlegungen. Denn im Mittelpunkt steht Kurt Beck als Regierungschef und Landesvater. Was ist das Erfolgsgeheimnis dieses Politikers, der dreimal in Folge wiedergewählt mit seiner Partei schließlich 2006 die absolute Mehrheit der Sitze im Landesparlament erreichte? Alle Wahlanalysen zeigen, dass der Ministerpräsident seinen Amtsbonus von Landtagswahl zu Landtagswahl mehr und mehr ausspielen konnte. Er blickt – nach Peter Altmeier – auf die zweitlängste Amtszeit als Regierungschef des Landes zurück und steht, was Bekanntheit und Sympathie anbelangt, einsam an der Spitze des landespolitischen Personals. Hier sollen allerdings weniger wahlsoziologische Gesichtspunkte interessieren. Dazu ist schon viel geschrieben worden. Ich will vielmehr ein Porträt zu skizzieren versuchen, das uns etwas über Stil und politisches Selbstverständnis des Politikers Kurt Beck aussagt. Bei politischen Akteuren, die als Pragmatiker und dann schnell auch als Stückwerkstechniker gelten, ist das gar nicht so einfach. Helmut Schmidt hatte lange Zeit mit dem Image des theorieleeren Machers zu kämpfen und auch Helmut Kohl wurde mit diesem Vorwurf bedacht und deshalb wohl auch systematisch unterschätzt.

Wie verschafft man sich aber ein Bild des Ministerpräsidenten dieses Landes? Nun – ausschnittsweise kann man einige seiner zahlreichen öffentlichen Auftritte und die damit verbundene Medienresonanz verfolgen. Man kann seine Grundsatzreden lesen, seine Regierungserklärungen analysieren und mit Weggefährten sprechen. Und man kann dies alles vor allem daraufhin abklopfen, was jenseits der sachpolitischen Dimension, was über das Bilanzieren und Propagieren hinaus als persönliche Note, was als *politisches Persönlichkeitsprofil* erkennbar wird. Ich würde es als die Suche nach der *immer wiederkehrenden politischen Grundmelodie des Politikers Kurt Beck* bezeichnen. Drei Charakteristika fallen mir dabei auf: Das Interesse an Menschen, das Ausbalancieren von Ambivalenzen und schließlich die Suche nach einer Neubestimmung des Verhältnisses von Bürger und Staat.

- Das Interesse an den Menschen -

Interesse an den Menschen klingt irgendwie trivial. Müssen sich nicht alle politischen Akteure, wenn sie Zustimmung organisieren wollen, für Menschen interessieren? Ja, aber man kann das auf eher instrumentelle, auf professionelle, marketingmäßig antrainierte Art tun. Und man kann es in einer Weise tun, die auch nach vielen Jahren noch authentisch wirkt. Kurt Beck hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass er sich aus einfachen Verhältnissen hoch gearbeitet hat. Dass es ihm wohl auch und ganz besonders um die Verbesserung der Lebenslage von Menschen aus einfachen Verhältnisse geht. Nach seiner Amtsübernahme hielt der Ministerpräsident seinen Stab durch zahlreiche Kreisbereisungen und Regionalkonferenzen auf Trab. Aber auch heute noch ist die Vielzahl von Auftritten vor Ort ein Markenzeichen. Man kann das Basispflege nennen. Aber spätestens mit der Übernahme des Amtes als Bundesvorsitzender der SPD und damit verbundenen Doppelbelastungen im Bund und im Land muss man sich fragen, warum sich der Mann das antut; diesen Terminverschleiß mit Ehrungen von lang gedienten Parteimitgliedern, von ehrenamtlich Engagierten in kleinen Dörfern, mit Präsenzen bei lokalen Ereignissen, Vereinsjubiläen oder sonstigen Festivitäten. Alles Dinge, die sich allenfalls in der

Lokalpresse niederschlagen. Zuhören, ermutigen, Interesse für die persönlichen Lebenslagen, kurz „nah bei den Leuten“ und dabei glaubwürdig sein, das scheint mir typisch für das ‚System Beck‘. Jeder erfolgreiche Politiker verfügt über bestimmte Sensorien. Bei Kurt Beck ist es eine Art immer wieder *gefühlte Alltagsempirie*, die seine Bodenständigkeit und Verwurzelung erklären. Dies hat ihm politischen Respekt im Lande und hohe Zustimmung in nahezu allen Milieus verschafft, zumindest in Rheinland-Pfalz. - Ein zweites Charakteristikum:

- Ausbalancieren von Ambivalenzen -

Ich kann hier keine semantische Analyse der Reden des Ministerpräsidenten vorlegen. Doch auffallend ist schon der gehäufte Gebrauch bestimmter Begriffe und Redewendung, wenn man viele seiner Redebeiträge über die Zeit hinweg untersucht. Möchte Kurt Beck einem politischen Anliegen besonderen Nachdruck verleihen, so verwendet er gerne Begriffe wie „vernünftig“, „fair“, „Augenmaß“, „Verantwortung“, „Dialog“. Das alles sind Adjektive und Substantive, in denen die Suche nach Ausgewogenheit, nach dem richtigen Maß, nach dem Ringen um das Zumutbare zum Ausdruck kommt. Und dazu passt auch sein Reden in Ambivalenzen, das explizite Sowohl-als-auch: „Ermunterung für die Starken *und* Solidarität mit den Schwachen“, „Leistungsbereitschaft *und* Solidarität“, „Freiheit *und* Verpflichtung, „Eigenverantwortung *und* Gemein Sinn“, „Tradition *und* Phantasie“, „Bewahren *und* Erneuern“. Auch Redewendungen wie die „Kirche im Dorf lassen“ oder „so kann man mit den Leuten nicht umgehen“ sind Teil seines politischen Sprachgebrauchs. Hier scheint immer wieder die Suche durch, zu einem „neuen Gleichgewicht“ zu kommen. „Neues Gleichgewicht“, auch das ist so eine Beck-typische Redewendung. Offensichtlich will der Ministerpräsident bei seinen Vorhaben Frontenbildung und zu scharfe Konturen vermeiden, will Brücken bauen und die Menschen mitnehmen auf dem Weg zu dem, was er politisch für geboten erachtet. Das macht ihn für die Opposition – in Rheinland-Pfalz zumindest – schwer angreifbar, wird aber offensichtlich von den Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz geschätzt. Die aktuelle bundespolitische Wirkung dieser Eigenschaft Kurt Becks zu beurteilen, ist hier nicht meine Aufgabe.

Ein drittes Charakteristikum des ‚Systems Beck‘ betrifft die Suche nach einer Neubestimmung des

- Verhältnisses von Bürgergesellschaft und Staat -

Kurt Beck propagiert wie kaum ein anderer Ministerpräsident das bürgerschaftliche Engagement, und zwar das sog. alte und das sog. neue Ehrenamt. Ausgangspunkt ist dabei seine sozialdemokratische Grundüberzeugung, dass sich Ungleichheiten der Lebenslagen und Lebenschancen, dass sich soziale Schief lagen also, nicht verfestigen dürfen. Wenn es um notwendige Reformen in Gesellschaft und Staat geht, so plädiert er für einen Mittelweg, der gleichermaßen die Handlungsfähigkeit der Politik, wie auch die Eigenverantwortung der Bürger stärkt. Der Staat solle sich als aktivierender Staat begreifen, seine Verwaltungen sollten Ermög lichungsverwaltungen sein. Eine lebendige Ehrenamtskultur und Bürgergesellschaft sind für ihn dabei mehr als finanzielle Lückenbüsser zur Staatsentlastung. Sie entspringen einer reformistischen gesellschaftspolitischen Vorstellung: durch Einmischung, Beteiligung und Diskussion Teilhabe zu ermöglichen und Anerkennung zu

finden. Man könnte auch sagen: Die Menschen zu mehr Demokratie in ihrem Alltag zu ermuntern.

Ich komme zum Schluss.

Schlussbemerkungen

„Rheinland-Pfalz unter den sozialliberalen Regierungen Rudolf Scharping und Kurt Beck, „Der Beginn einer neuen Ära?“ – das ist die Frage, die wir heute Abend zu beantworten versuchen. Zusammengefasst komme ich zu folgender Antwort: Nach 16 Jahren rheinland-pfälzischer Politik unter der Führung sozialdemokratischer Ministerpräsidenten kann man – mit den eingangs gemachten Einschränkungen zu dem Begriff – von einer landespolitischen ‚Ära‘ sprechen; vor allem aus drei Gründen:

Erstens wussten die sozialliberalen Koalitionen dem Land politisch ihren Stempel aufzudrücken durch eine zwischen Kontinuität und Wandel ausbalancierte Reformpolitik. Zweitens konnte sich in dieser Zeit die SPD neben der CDU als Landespartei mit einer breiten Verankerung in unterschiedlichen politischen Milieus etablieren. Und drittens steht Ministerpräsident Kurt Beck nach 13 Regierungsjahren in der Reihe lang gedienter rheinland-pfälzischer Landesväter. Insofern kann man sagen, dass das Land durchaus eine gewisse sozialdemokratische Sozialisation erfahren hat.

Wenn im Thema unserer Abendveranstaltung vom ‚Beginn einer neuen Ära‘ die Rede ist, so stellt sich damit aber eigentlich auch die Frage nach der möglichen Dauer dieser ‚Ära‘. Nun ist nichts schwieriger als politische Prognosen abzugeben. So viel kann man aber sagen: Mehr als 16 Jahre sozialdemokratisch geführter Landesregierungen haben politisch im Lande keine sozialdemokratische Hegemonie begründet, wie man nach rund vier Jahrzehnten christdemokratischer Hegemonie vermuten könnte. Dagegen sprechen vor allem drei Gründe: Zum einen die Volatilität der rheinland-pfälzischen Wählerinnen und Wähler. Damit ist nicht nur die wachsende Wechselwahlbereitschaft gemeint, sondern vor allem auch ein Wählerverhalten, das stark zwischen den Wahlen auf den verschiedenen Ebenen differenziert. Man vergleiche nur die Ergebnisse der Bundestags- und Kommunalwahlen mit den Landtagswahlen. Zum anderen zeigen die Landtagswahlergebnisse, dass sie außerordentlich stark durch den Ministerpräsidentenbonus beeinflusst waren. Drittens sollte die bei der letzten Landtagswahl errungene absolute Mehrheit (26 % der Wahlbevölkerung) über eines nicht hinwegtäuschen: Wer in Rheinland-Pfalz à la longue mehrheitsfähig sein will, braucht auf der Landesebene normalerweise Koalitionspartner. Die politische Wettbewerbssituation im Lande halte ich deshalb für prinzipiell offen. Das ist ja durchaus nicht schlecht für die Demokratie.

Es kommt noch etwas hinzu: Wer auf der Landesebene besonders erfolgreich ist, empfiehlt sich in Deutschland für politische Führungsämter im Bund. Das gilt auch für Rheinland-Pfalz und ganz besonders gilt es für den Ministerpräsidenten dieses Landes. Von seiner künftigen Rolle im Bund wird die weitere Entwicklung in Rheinland-Pfalz stark beeinflusst sein. Aber dazu kann er selbst am besten Auskunft geben.

Vielen Dank für Ihre Geduld!